

Thema des Monats

50. VDBUM-Großseminar fand im Juli 2022 statt

Im Rahmen des 50. VDBUM-Großseminars Ende Juli in Willingen, an dem auch der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen e.V, Dipl.-Ing. Thomas Echterhoff im Rahmen einer Podiumsdiskussion teilgenommen hat, waren sich alle Teilnehmer einig, dass trotz gut gefüllter Auftragsbücher erhebliche Probleme am Bau existieren. Teils sind die Genehmigungsverfahren viel zu langwierig; zusätzlich führt die Lieferkettenproblematik zu erheblichen weiteren Verzögerungen. Corona hat deutlich gemacht, dass die Bauverwaltung am Boden ist, hohe Energiekosten könne die Branche nur teilweise durch Nutzung akkubetriebener Technik einsparen. Als wesentlicher Hebel beim Vorankommen der Digitalisierung wurde mehr Standardisierung angemahnt. Außerdem wurde das baubegleitende Planen als großes Branchenproblem bezeichnet. Nicht zuletzt bestehe ein erheblicher Fachkräftemangel.



Dipl.-Ing. Thomas Echterhoff, Geschäftsführender Gesellschafter Bauunternehmung Gebr. Echterhoff GmbH & Co. KG, Westerkappeln, Verbandspräsident

VDW schlägt Alarm

Neubau galt bisher als das beste Rezept gegen den Wohnungsmangel vor allem in Ballungsräumen. Doch angesichts der weltweiten Krisen droht er nun nahezu zum Erliegen zu kommen. Der Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen-Bremen (VDW) rechnet damit, dass 2023 etwa 1500 Wohnungen weniger fertiggestellt werden als geplant: etwa 950 statt 2450.

„Wir sind optimistisch ins Jahr gestartet, aber jetzt stehen wir vor der größten Herausforderung der vergangenen Jahrzehnte“ sagte Verbandsdirektorin Susanne Schmitt Anfang August bei der Vorlage der Jahreszahlen des VDW. 2021 hatten die 178 Unternehmen im Verband 2038 neue Wohnungen fertiggestellt, dieses Jahr sollen es 2443 werden. Dabei werde es nach derzeitigem Stand zwar auch bleiben, die Wohnungen seien ja im Bau, sagt Schmitt. Aber ab dem kommenden Jahr sei ein Einbruch zu erwarten.

Der Prognose zufolge, die auf einer Mitgliederbefragung beruht, sackt die Zahl der Fertigstellungen in Niedersachsen und Bremen im kommenden Jahr auf etwa 950. Schuld seien der sich zuspitzende Baustoffmangel, die

Logistikprobleme infolge von Corona und Ukraine-Krise, die hohe Inflation, der Personalmangel auf den Baustellen und jetzt auch noch die „unerwartbare Änderung bei den Förderbedingungen des Bundeswirtschaftsministers“.

Schmitt bezeichnete die neue Kehrtwende bei der Förderung als „Desaster“ und „eine Zumutung für die Wohnungswirtschaft“. Der Bund hatte im Juli die Bedingungen geändert. Für Neubau soll es quasi keine Förderung mehr geben, sondern nur noch Darlehen mit Tilgungszuschüssen. Wohnungsunternehmen bräuchten verlässliche Vorgaben statt wechselnder Bedingungen. „Auf wen soll man sich eigentlich noch verlassen“, fragt Schmitt.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen in Hannover (ArGeWo) bestätigte Frank Eretge von Gundlach die Sorgen des vdw: „Die Unsicherheit in der Branche ist groß wegen der vielen Krisen.“ Weil aber in der Stadt viele große Wohnbauprojekte angeschoben seien, etwa am Kronsberg, in der Wasserstadt Limmer und an anderen Stellen, rechne man kurzfristig nicht mit einem starken Rückgang der Fertigstellungszahlen.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

50. VDBUM-Großseminar
VDW schlägt Alarm

2 Kommentar

Interview mit
David McAllister

3 Kommentar

Interview mit
Sascha Wiehager

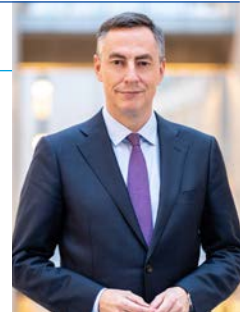
4 Forum Nord

Breitbandausbau und Leitungsschäden
Wohnungsbau: Baugenehmigungen im Juni
um 4,5 Prozent gesunken
Die Schiene wird zum Abstellgleis



Niedersachsen im europäischen Fokus

Interview mit David McAllister, MdEP, Abgeordneter des Europäischen Parlaments



David McAllister, MdEP,
Abgeordneter des
Europäischen Parlaments

1. Auf Ihrer Homepage schreiben Sie „Für Niedersachsen in Europa“. Sie vertreten seit 2014 die Interessen von Niedersachsen und Bremen im Europäischen Parlament. Was können Sie als Europaabgeordneter konkret für Niedersachsen und Bremen im Europäischen Parlament erreichen? Profitiert davon auch die Bauwirtschaft?

David McAllister:

Vor meiner Zeit im Europäischen Parlament war ich viele Jahre in der Kommunal- und Landespolitik aktiv. Daher habe ich ein Bild davon, was für uns in Norddeutschland wichtig ist und kenne viele Erwartungen, Sorgen und Hoffnungen der Menschen und Unternehmen. Die CDU in Niedersachsen stellt drei Abgeordnete im Europäischen Parlament, die jeweils in unterschiedlichen Ausschüssen tätig sind. Von der Agrar- über die Verkehrs- bis zur Handelspolitik decken wir eine breite Themenpalette ab. Zusammen mit meinen Kollegen Lena Düpont und Jens Gieseke versuche ich, die niedersächsischen Interessen in Brüssel und Straßburg bestmöglich zu vertreten.

Durch unseren gemeinsamen Binnenmarkt haben hiesige Bauunternehmen die Möglichkeit, überall in Europa Projekte umzusetzen. Die Europäische Union regelt wichtige Rahmenbedingungen für die Bauindustrie, wie etwa den Marktzugang zu öffentlichen Aufträgen und die Grundsätze der Auftragsvergabe, die Arbeitnehmerentsendung oder den Handel mit Bauprodukten. Die Branche muss dabei eine Vielzahl von Normen und Standards einhalten. Es ist mir ein Anliegen, dass europäische Regelungen Unternehmen nicht überfordern. Das gilt insbesondere für kleine- und mittelständische Betriebe, die 99 Prozent des Sektors ausmachen. Regulatorische Maßnahmen müssen praktikabel sein und gleichzeitig einheitlich in allen 27 Mitgliedstaaten angewandt werden.

2. In Deutschland steht im Hinblick auf die langen Planungs- und Genehmigungsverfahren eine Planungsbeschleunigung auf dem Programm von Politik und Verwaltung. Von welchen Ländern könnte Deutschland lernen?

David McAllister:

Ein gut funktionierendes und ausgebautes Verkehrsnetz ist für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands wie überall in der EU von entscheidender Bedeutung. Wenn die wirtschaftliche Dynamik in der EU erhalten und gestärkt werden soll, müssen Infrastruktur-

projekte schneller umgesetzt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sind zu vereinfachen und zu verkürzen. In Deutschland gibt es dazu Nachholbedarf.

Die Weltbank untersucht regelmäßig die Effizienz von Bauvorhaben und gibt Empfehlungen ab, wie Planungsverfahren verbessert werden können. Zu den Vorschlägen gehört unter anderem „One-Stop-Shops“ einzurichten, die die Kommunikation zwischen Projektträgern und Behörden vereinfachen. Vorreiter ist hier Singapur mit einem vollständig digitalisierten Angebot. Das Vereinigte Königreich gilt als gutes Beispiel, wenn es um die Transparenz von Rechtsvorschriften geht. Alle Regelungen sowie bewährte Praktiken sind leicht über eine Online-Plattform zugänglich, die auch Leitlinien für die Genehmigung von Bauprojekten enthält. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Schweiz haben verlässliche Maßnahmen für das Monitoring entwickelt. Risikobehaftete Projekte sind frühzeitig besonderen Überprüfungen und Berichtspflichten unterworfen, die sicherstellen, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Der Blick ins Ausland ist also lohnenswert.

3. Deutschland kann im europäischen Kontext auch als Transitland in West/Ost und Nord/Süd-Richtung bezeichnet werden; Niedersachsen hat dabei eine zentrale Position. Sehen Sie hier Investitionsbedarf in die Infrastruktur?

David McAllister:

Ja! Niedersachsen ist ein überregional bedeutender Verkehrsknotenpunkt, vor allem wenn es um die Verknüpfung von Häfen, Bahn und Straße geht. Wichtige Infrastrukturprojekte des Bundes für Fernstraßen sowie das Schienen- und Wassernetz sind im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthalten. Es geht jetzt darum, die darin enthaltenen Projekte ohne Verzögerungen vollständig umzusetzen. Dazu gehört beispielsweise Engpässe auf den Autobahnen A 2 und A 7 zu beseitigen, den Neubau der Küstenautobahn A 20 mit fester Elbquerung voranzubringen, das Schienennetz im Raum Hamburg – Bremen – Hannover zu optimieren sowie den Ersatzneubau der Schleuse in Scharnebeck bei Lüneburg für eine bessere Hinterlandanbindung zu realisieren. Die Europäische Union unterstützt einzelne Projekte durch das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) und die „Connecting Europe Facility“ (CEF).



Daten sind das neue Gold

Interview mit Sascha Wiehager, Geschäftsführer BWI-Bau GmbH

1. Das BWI-Bau bezeichnet sich als Ansprechpartner für Bauunternehmen und ihre vielfältigen Partner entlang der Wertschöpfungskette Bau. Was macht das BWI-Bau konkret?

Sascha Wiehager:

Die Arbeit unseres Instituts basiert auf drei Säulen: Beratung, Weiterbildung und Information. Seit nunmehr 56 Jahren ist es unsere Mission, die Baubetriebswirtschaft in die Praxis zu tragen. Dabei ist es uns wichtig, die Säulen nicht getrennt zu betrachten, sondern auch zu koppeln. Unsere Kernkompetenz ist die Vernetzung unserer Leistungssäulen, d. h. wir verknüpfen Erfahrungen, die wir in der Beratung sammeln, mit unseren Weiterbildungsinhalten und Informationsdienstleistungen. Umgekehrt fließt unser Austausch in Forschung und Weiterbildung natürlich auch in die Beratung ein – immer unter der Prämisse "Aus der Praxis für die Praxis".

2. Wo sehen Sie bei den Bauunternehmen Nachholbedarf oder Qualifizierungsbedarf, um auch zukünftig am Markt erfolgreich bestehen zu können?

Sascha Wiehager:

Wir müssen uns alle in viel kürzeren Abständen neu erfinden. Ich bin selbst Jahrgang 1973 und merke, dass Muster, die man noch aus der Lehre und dem Studium kennt, sowie aus den ersten Berufsjahren, mittlerweile nicht mehr genügen. Der schöne Begriff "Agilität" trifft den Wesenskern: Agilität meint die allzeitige Bereitschaft zur Veränderung, und zwar sowohl in kleinen Prozessbestandteilen als auch bei der gesamten Unternehmenskultur.

Auch beim BWI-Bau hat die Corona-Krise den Wandel beschleunigt: Heute bieten wir einen großen Teil unseres Leistungsspektrums digital an. Das allein würde ich jedoch noch nicht als Agilität bezeichnen. Aber die aktuellen Inhalte aufzunehmen und altbewährte Schulungsangebote teilweise durch neue Methoden und Themen schnell und vor allem fundiert aufzugreifen, zu ersetzen und zu ergänzen – das ist schon Agilität. Diese Beweglichkeit müssen Unternehmen, die überleben wollen, heute mitbringen.

Führungsstrukturen müssen sich ändern, Verantwortung muss effizient verteilt werden. Der Einfluss der Bauleitung auf die Projekterfolge ist hier ein schönes Beispiel. Bauunternehmen müssen stärker auf Dinge wie Coaching und Mitarbeiterorientierung achten. Unsere Branche steht in einem enormen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Vernetzung ist ein ebenso großes Thema: Daten müssen erfasst werden, um neue Techniken wie z. B. KI bedienen zu können. Nur wer sein Geschäft kennt, wird

hart am Wind segeln können, gerade wenn die Konjunktur vielleicht einmal nicht mehr so positiv ausfallen sollte.

3. BWI-Bau hat vor Kurzem eine Checkliste „Betriebswirtschaftliche Unternehmenssteuerung in der Krise“ veröffentlicht, da sich sowohl durch die Corona-Krise als auch den aktuellen Ukraine-Krieg die Rahmenbedingungen für die Unternehmensführung drastisch verändert haben. Können Sie den Praxisleitfaden kurz vorstellen.

Sascha Wiehager:

Zugegeben, Unternehmenskrise ist kein sehr verlockender Begriff. Aber wenn unsere Unternehmen von externen Krisen erfasst werden, sollte die Dramatik auch bei der Wortwahl deutlich werden, damit sie nicht fahrlässig unterschätzt werden. In einem wirtschaftlich als auch politisch und gesellschaftlich schwierigen Umfeld wirken Krisen wie Verstärker: Bestehende Mängel in der Organisationsstruktur von Unternehmen und/oder Prozesse, die schon in guten Zeiten nicht funktioniert haben, führen in der Krise schnell zu existenzbedrohenden Zuständen. Daher sind viele Tipps der Liste genau genommen "Alltagstipps". Diese werden aber zu echten Unternehmenskillern, wenn sie in Krisen keine Beachtung finden.

Die Checkliste versucht volks- und betriebswirtschaftliche sowie rechtliche Themen praxisnah zu kombinieren. Die zahlreichen Downloads der Checkliste belegen hier auch ein hohes Interesse.

Einige der Inhalte dieser Checkliste haben wir in unserem Leitfaden „Kaufmännische Abwicklung von Bau-Arbeitsgemeinschaften“ vertieft.

4. Welche Handlungsfelder der Zukunft sieht BWI-Bau schon heute?

Sascha Wiehager:

Bauunternehmen müssen das industrialisierte Bauen vorantreiben und ihre Daten schützen. Daten sind sprichwörtlich das neue Gold. Dieses Gold sollte nicht einfach verschenkt werden. Strukturierte Ablage, gezieltes Sammeln von Daten (sog. Data-Lakes) sowie rechtliche Absicherungen sind wichtig.

Wenn wir unser Wissen schützen wollen, müssen wir es erst einmal strukturieren und eine gute Datenqualität und ein gutes Datenmanagement vorhalten. Unsere Systeme müssen besser interagieren. Schnittstellen und Datentransfers müssen digital gelingen. Und wir müssen uns auf zu neuen Sternen wagen. KI und Quantentechnologie dürfen keine Utopien sein, sondern gehören in Strategiepaper – neben den vermeintlich "neuen" Themen Nachhaltigkeit & Co.



Sascha Wiehager, Geschäftsführer BWI-Bau GmbH



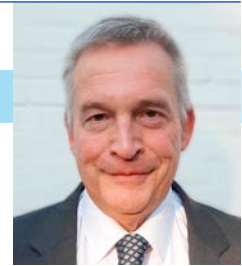
Treffpunkt Bauindustrie zu Breitbandausbau und Leitungsschäden

Es soll Tempo gemacht werden beim Glasfaserausbau. Dieses Tempo führt jedoch zu erheblichen Schäden an der Infrastruktur und zu Risiken für Tiefbauunternehmen.

Mit Blick auf die konjunkturelle Situation bedeutet der rUrsache hierfür sind nicht zuletzt die mindertiefe Verlegung von Breitbandkabeln sowie alternative Bauvorhaben (z. B. Micro- oder Mini-Trenching). Beim Treffpunkt Bauindustrie Anfang Juli im Ausbildungszentrum Mellendorf stellte Oberbürgermeister Klaus Ulrich Albrecht von der Stabsstelle Digitalisierung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung den Umgang des Landes Niedersachsen mit dieser Thematik dar. Die Reform des TKG führe dazu, so ORR Albrecht, dass die Straßenbaulastträger faktisch dazu verpflichtet seien, Verlegetiefen und Verlegeverfahren außerhalb der anerkannten Regeln der Technik zu akzeptieren. Allerdings habe die Straßenbauverwaltung weitreichende Möglichkeiten, die niedertief verlegte Breitbandleitung wieder entfernen zu lassen bzw. die Kosten hierfür zu verlangen, wenn sie

bei späteren Baumaßnahmen im Wege sei oder die Unterhaltung der Straße hierdurch erschwert werde. Die Auswirkungen des politisch forcierten schnellen Breitbandausbaus wurden unter den Teilnehmern lebhaft diskutiert.

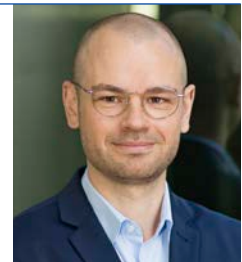
Die Kosten für den vielfach beobachteten „Pfusch“ beim Ausbau durch nicht qualifizierte Unternehmen und für die Schäden aufgrund mangelnder Dokumentation werden letztlich zu Gunsten der TK-Unternehmen und zu Lasten der Bürger in die Zukunft verlegt. Ganz praktisch konnte im zweiten Vortragsteil Heinrich Mühe von der VHV Versicherung AG Tiefbauunternehmen über die Risiken von Leitungsschäden und deren Vermeidung informieren. Die Erkundungspflichten der Bauunternehmen standen hierbei im Zentrum. Ein interessantes Detail wusste in diesem Zusammenhang noch Herr Albrecht hinzuzufügen. Das Land Niedersachsen plane für das Breitbandnetz eine eigene Dokumentationsverpflichtung.



Heinrich Mühe,
VHV Versicherung AG
Tiefbauunternehmen

Wohnungsbau: Baugenehmigungen im Juni um 4,5 Prozent gesunken

Der Wohnungsbau leidet unter den gestiegenen Baumaterialkosten und den steigenden Zinsen: Die Genehmigungen für den Neu- und Umbau von Wohnungen sind im Juni um 4,5 Prozent, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 2,1 Prozent gesunken. „Die Nachfrage nach Wohnungen ist rückläufig, obwohl der Bedarf – gerade an bezahlbarem Wohnraum – weiterhin hoch ist. Grund dafür sind die seit Kriegsbeginn explodierenden Rohstoffpreise sowie die höheren Zinsen.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen für den Monat Juni. Während der Einbruch in den ersten Monaten dieses Jahres noch auf einen Basiseffekt zurückzuführen sei – das Auslaufen der Baukindergeld-Förderung Ende März 2021 hat im vergangenen Jahr zu einem Plus von 20 Prozent im ersten Quartal geführt – liege der Rückgang um 4,5 Prozent im Juni 2022 an diesen neuen Rahmenbedingungen.



Tim-Oliver Müller,
Statistisches Bundesamt

Die Schiene wird zum Abstellgleis

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat den Entwurf des Bundeshaushaltes 2023 und des Finanzplans bis 2026 vorgelegt. In Bezug auf das Schienennetz sind die genannten Zahlen – gelinde gesagt – ernüchternd. Zur Erinnerung: Der Koalitionsvertrag der Ampel verspricht die Verdopplung der Fahrgastzahlen im Personenverkehr, die Steigerung des Schienenanteils im Güterverkehr auf 25 Prozent und die Elektrifizierung von 75 Prozent des Netzes bis 2030. Zudem soll es bis 2035 zur flächendeckenden Digitalisierung kommen. Diese Ziele sind mit diesem Haushalt nicht zu erreichen. Denn die Investitionen in die Bundesverkehrswege und den Kombinierten Verkehr sollen mit 17,5 Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Jahr um gut vier Prozent gekürzt werden. Der Einschnitt soll ausschließlich bei den Eisenbahnen des Bundes erfolgen. Auf diese Weise fährt die emissionsfreie Mobilität aufs Abstellgleis.

Aus Sicht des Verbands der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) braucht es allein für Aus- und Neubauprojekte aus dem Bedarfsplan einen Finanzierungshochlauf auf mindestens drei Milliarden Euro. Übrigens sind auch im Bereich der Bundesfern- und Wasserstraßen Investitionen dringend nötig. Nicht zu vergessen der öffentliche Hochbau.

Es macht keinen Sinn, bei den Investitionsausgaben zu sparen. Wer zukunftsorientiert handeln will, muss den konsumtiven Bereich zurückfahren. Allein das Neun-Euro-Ticket kostet zum Beispiel 2,5 Milliarden Euro. Dieses Geld wäre in der Netzinfrastruktur besser aufgehoben. Denn was nützen die schönsten Rabatte, wenn Bus und Bahn nicht fahren?